

2 Rechtsextremismus: Die Situation in Deutschland

Dieser Abschnitt widmet sich zunächst der Diskussion der zentralen Begriffe *Extremismus*, *Rechtsextremismus*, *Radikalismus* und *Radikalisierung*. Der Fokus soll dabei dem Untersuchungsinteresse entsprechend auf dem Begriff *Rechtsextremismus* liegen, außerdem wird nach Gründen für dieses Phänomen gesucht. Im Anschluss folgt ein Überblick über die verschiedenen Ausdrucksformen von Rechtsextremismus in Deutschland. So soll erläutert werden, in welchen Formen Rechtsextremismus in der Politik auftaucht und inwiefern dieser als *soziale Bewegung* bezeichnet werden kann.

2.1 Was ist Rechtsextremismus und was sind mögliche Ursachen?

Der Begriff *Extremismus* ist in der Sozialwissenschaft umstritten. So gibt es weder eine einheitliche Definition noch eine Theorie, die dieses Phänomen umfassend zu erklären vermag. Lediglich die in der Verwaltungspraxis gängige Definition von politischem Extremismus gilt als relativ konzise – ist aufgrund ihres engen Bezugsrahmens allerdings für Zwecke der Sozialforschung und der politischen Bildung nur bedingt geeignet (Stöss, 2010, S. 10).

So bezieht sich die praxisorientierte Definition explizit auf den Schutz des demokratischen Wesenskerns, der durch das Grundgesetz gewährleistet ist. Als extremistisch gelten demnach „Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, die gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind, oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben“ (ebd., S. 13). Zu den Merkmalen des Extremismus aus der rechten Ecke des politischen Spektrums zählen „Nationalismus, Rassismus, ein autoritäres Staatsverständnis sowie die Ideologie einer Volksgemeinschaft“ (ebd.). Der linksgerichtete Extremismus verfolgt entweder das Ziel der Etablierung einer sozialistischen beziehungsweise kommunistischen Staatsordnung oder aber einer anarchistischen Staatsform. Sein politisches Handeln orientiert sich dabei entweder an

einer marxistischen oder einer anarchistischen Ideologie. Es sei darauf hingewiesen, dass für die demokratische Grundordnung zwar auch eine Gefahr durch den extrem linken Rand besteht – aufgrund des radikalen Egalitätsgedanken der links-extremen Ideologie ist diese den Grundzügen der rechtsstaatlichen Demokratie allerdings näher als das demokratiefeindliche rechte Lager (ebd.). Dem Verfassungsschutz in Deutschland obliegt das Recht, extremistische Parteien und Organisationen beobachten zu lassen und im Falle einer verfassungsfeindlichen Grundorientierung sowie einer aggressiv-kämpferischen Verbreitung derselben diese auch zu verbieten (Jesse, 2012, S. 297ff), was im Falle der NPD in diesem Jahr erneut juristisch untersucht werden soll (Zeit Online, 03.12.2013).

Die Bewertung von Organisationen als extremistisch ist nicht immer eindeutig und hängt unter anderem vom politischen Standpunkt des Beobachters ab. Dies liegt auch daran, dass die Grenzen zwischen Demokratie und Extremismus fließend sind. Um diesem Problem beizukommen, wird der Begriff *Radikalismus* gebraucht, der die Grenzzone zwischen demokratischer Mitte und rechten und linken Extremen bildet (Stöss, 2010, S. 14). Hierbei ist zu beachten, dass Rechts- beziehungsweise Linksradikalismus noch zum verfassungskonformen Spektrum gehören, während Extremismus von beiden politischen Seiten laut Grundgesetz als verfassungsgefährdend gilt (Stöss, 2010, S. 14).

Der Begriff *Radikalisierung* ist vom Terminus *Radikalismus* allerdings abzugrenzen. So beschreibt dieser einen Prozess, der eine Verstärkung des ideologischen Denkens und Handelns beinhaltet. Anfang und Ende dieses Vorgangs sind dabei umstritten. Auch für diesen Begriff gibt es also keine einheitliche Definition, die Prozesshaftigkeit des Vorganges findet sich allerdings in jeder Abhandlung wieder (Bundeszentrale für politische Bildung, 09.07.2013). Moghadam (2005) beispielsweise vergleicht den Radikalisierungsprozess mit einer Treppe: Je extremer die Einstellungen und das Verhalten einer Person werden, desto höher die Stufe, auf der sie steht. Da der Endpunkt der Radikalisierung nicht genau festgelegt wird, kann diese sich also auch innerhalb des extremen Spektrums fortsetzen. Für die vorliegende Studie ist diese Erkenntnis von besonderer Relevanz. So soll unter anderem untersucht werden, ob eine Radikalisierung (im Sinne einer progressiv-extremen Veränderung) in der rechten Szene stattfindet, um mediale Aufmerksamkeit zu erlangen.

Trotz der scheinbar anschaulichen Einteilung des politischen Spektrums in ein mittig-demokratisches und ein links- und rechtsextremes Lager bleibt zu beachten, dass auch der Begriff *Rechtsextremismus*, der den Forschungsgegenstand dieser Arbeit beschreibt, nicht trennscharf und seine Verwendung nicht unproblematisch ist. Sowohl der nationalistische Intellektuelle als auch der militante Neonazi und der rechtspopulistische Politiker fallen unter die Bezeichnung *rechtsextrem*.

Es stellt sich die Frage, inwiefern es berechtigt ist, ein derart ausdifferenziertes Netzwerk von Personengruppen mit demselben Begriff zu deklarieren (Robertson-von Trotha, 2011, S. 11). Um dem Problem einer Einebnung verschiedener Formen von Rechtsextremismus beizukommen, schlägt Hans-Gerd Jaschke (2001) folgende Definition vor, die auch dieser Arbeit zugrunde gelegt werden soll. Demnach beschreibt Rechtsextremismus

„die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch und ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen“ (ebd., S. 30).

Diese Definition erscheint vor dem Hintergrund des Forschungsinteresses dieser Studie als sinnvoll. Sie umfasst sowohl den übersteigerten, rassistisch begründeten Nationalismus und die Idee einer Volksgemeinschaft als auch den Wunsch nach der Etablierung einer anti-demokratischen, autoritären Staatsform. Diese Kernpunkte rechtsideologischer Einstellungen sind bei einem Großteil der Anhänger der rechtsextremen Szene zu finden (Stöss, 2010, S. 13), obwohl diese sich, wie bereits angesprochen, durch zahlreiche Konfliktlinien und interne Unstimmigkeiten auszeichnet (Robertson-von Trotha, 2011, S. 11). Die NPD besetzt beispielsweise andere Themen als rechtspopulistische Organisationen wie die Pro-Parteien (Pro-NRW, Pro-Köln, etc.), formuliert (in Teilen) abweichende Ziele und konkurriert entsprechend mit anderen rechten Parteien um Wählerstimmen (ebd., S. 20).

Dem semantischen Problem einer suggerierten politischen Mitte, der sprachlogisch keine extremistischen Bestrebungen entspringen können (Robertson-von Trotha, 2011, S. 12f; Kraushaar, 2005, S. 14ff), kann beigegeben werden, indem ein duales Verständnis des Begriffes *Rechtsextremismus* entwickelt wird. So unterscheidet Heitmeyer (1987) zwischen *rechtsextremer Einstellung* und *rechtsextremem Verhalten*. Wird nur das rechtsextreme *Verhalten* betrachtet, wie das Teilnehmen an Demonstrationen, das Ausüben von Gewalt oder das Wählen rechtsextremer Parteien, so bleibt Rechtsextremismus tatsächlich ein Randphänomen (das den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit darstellen soll). Werden allerdings rechtsextreme *Einstellungen* untersucht, so wird deutlich, dass diese sich nicht nur am rechten Rand, sondern in der breiten Mitte der Gesellschaft finden lassen (Decker, Kiess & Brähler, 2012). Gründe hierfür können beispielsweise wirtschaftliche, aber auch politische Deprivationserfahrungen sein (Robertson-von Trotha, 2011, S. 13). Die Angst um den Arbeitsplatz und die damit verbundene Sorge um den eigenen sozialen Status können Faktoren sein, die eine Ein-

stellungsänderung in Richtung rechtem Rand bewirken. Vor allem bei sogenannten „Modernisierungsverlierern“ (ebd.), also bei Menschen, die aufgrund einer schlechteren Bildung mit einer größeren Konkurrenz um Arbeitsplätze zu kämpfen haben, wird dieser Faktor wirksam (ebd.). Auch das Gefühl, politisch keinen Einfluss zu haben oder eine im Zuge der Sozialisation erworbene Affinität zu Vorurteilen gegenüber Ausländern kann rechtsextreme Einstellungen fördern (ebd.). Adorno et al. halten in ihrem Werk *The Authoritarian Personality* (1950) fest, dass die oben genannten Faktoren nur dann im Kontext rechtsextremer Einstellungen evident werden können, wenn eine bestimmte Form der Persönlichkeitsstruktur vorliegt, nämlich ein subjektives Bedürfnis nach autoritärer Herrschaft und persönlicher Unterordnung. Auf Basis dieses Ansatzes ermittelte die Forschung weitere Persönlichkeitsmerkmale, die Rechtsextremismus fördern. Zu diesen zählen Dispositionen wie Dogmatismus, Rigidität, Konventionalismus und Konformismus (Stöss, 2010, S. 48). Politische und wirtschaftliche Deprivationserfahrungen und psychologische Dispositionen können zwar Erklärungsansätze für Rechtsextremismus liefern; allerdings existiert, wie bereits erwähnt, kein allgemeingültiges Modell, welches dieses komplexe Phänomen umfassend zu erklären vermag (ebd., S. 10).

In der vorliegenden Arbeit soll auf Basis des Definitionsvorschlages von Rechtsextremismus nach Jaschke (2001, S. 30) jene Personengruppe untersucht werden, bei der sich rechtsextremes *Verhalten* (Heitmeyer, 1987) beobachten lässt – also jene Personen, die ihre rechtsextremen Einstellungen in entsprechende Handlungen umsetzen. Um der Komplexität des gesellschaftlichen Phänomens Rechtsextremismus gerecht zu werden, sollen im nächsten Abschnitt zunächst die hier relevanten politischen Strömungen vorgestellt werden.

2.2 Rechtsextremismus in der Politik

Zur politisch einflussreichsten rechtsextremen Partei in Deutschland hat sich die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) entwickelt, die teilweise in enger Zusammenarbeit mit der Neonazi- und sogenannte Kameradschaftsszene agiert (Edathy & Sommer, 2009, S. 45). Bezeichnend für dieses politische Lager ist die offen zur Schau gestellte Nähe zum historischen Nationalsozialismus und die aggressiv ablehnende Haltung gegenüber dem politischen System in Deutschland (ebd.). Die NPD fordert den Schutz von Arbeitsplätzen vor Fremdarbeitern sowie die Aufrechterhaltung beziehungsweise Erhöhung von Sozialleistungen für deutsche Staatsbürger. Aus dem Netz der sozialen Sicherung sollten nach Ansicht der NPD allerdings ausländische Ethnien exkludiert werden. Der Heimatschutz und sozialpolitische Themen bilden also das zentrale Argumentationsmuster der

Partei, deren Anhänger häufig auch vor ideologisch motivierten Gewalttaten nicht zurückschrecken (ebd.). Im Europa-Wahlkampf 2014 forderte die NPD entsprechend, die Einwanderung von Migranten „rigoros“ einzustellen, aus der Europäischen Union auszutreten und die D-Mark in der BRD wieder einzuführen (NPD.de, 27.02.2014, siehe Abb. 2) – mit dem Ergebnis, dass die NPD durch immerhin 1% der Wählerstimmen nun mit einem Mandat im Europarlament vertreten ist (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 26.05.2014).

Mit einem Strategiewechsel in den 1990er Jahren, der die NPD unter Udo Voigt offen radikaler werden ließ, wurde die Partei auch für die militante Neonazi- und Kameradschaftsszene politisch interessant (Funke et al., 2005, S. 15). Kameradschaften sind weder Parteien noch Vereine und deswegen rechtlich nur schwer greifbar. Sie bezeichnen sich als „freie Nationalisten“, als „nationale Bewegung“ (Bundeszentrale für politische Bildung, 23.04.2007) und sind eine Antwort auf zahlreiche Verbote von rechtsextremen Organisationen in den 1990ern. Anstelle einer bundesweiten, zentral organisierten Gruppe, die erneut verboten werden könnte, wurde ein Konzept entwickelt, das strafrechtliche Verfolgung zu umgehen versucht. Lokal agierende Kameradschaften ohne Listen mit Mitgliedernamen und ohne rechtliche Strukturen vernetzen sich regional durch organisatorische Knotenpunkte. Die freien Kameradschaften treten in Form von Aufmärschen und Demonstrationen in Erscheinung und bergen das größte Aggressionspotenzial innerhalb der rechten Szene (ebd.). So gehen die zumeist aus jungen Männern bestehenden Gruppierungen militant gegen Nazigegner vor und stehen größtenteils offen zu ihrer nationalsozialistischen Ausrichtung. Es bleibt festzuhalten, dass die NPD eine Integration der Kameradschaften in die Partei befürwortet. Dass sich das Gewaltpotenzial der Partei durch eine solche Kooperation enorm erhöhen könnte, liegt auf der Hand und rückte die NPD in den Fokus des Verfassungsschutzes (ebd.).



Abb. 2: Wahlplakate der NPD im EU-Wahlkampf 2014 (npd-hessen.de)

Obwohl die NPD in den letzten Jahren keine großen Wahlerfolge erzielen konnte, ist sie immerhin in zwei Landtagen vertreten (Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern) und scheint sich dort auch zu etablieren (Jesse, 2012, S. 302). Bei der Bundestagswahl 2013 verzeichnete die Partei allerdings ein Minus von 0,2% gegenüber 2009 und konnte nur noch 1,3 % der Wählerstimmen auf sich vereinen (Verfassungsschutz Sachsen, 27.09.2013). Doch trotz der aktuell eher abnehmenden Relevanz der Partei ist der Ruf nach einem Verbot sowohl in der Politik und den Medien als auch in der Bevölkerung deutlich zu vernehmen – so sind etwa zwei Drittel der Deutschen für ein NPD-Verbot (Süddeutsche Zeitung, 23.4.2012, S. 6). Katalysator für diese intensive öffentliche Beschäftigung mit dem verfassungsfeindlichen Potenzial der Partei war die angebliche Verwicklung ehemaliger NPD-Mitglieder in die NSU-Morde (Backes, 2012, S. 9). Am 3. Dezember 2013 wurde dem lauter werdenden Ruf nach einem Parteiverbot gefolgt, indem ein Verbotsantrag des Bundesrates beim Bundesverfassungsgericht einging (Zeit Online, 03.12.2013). Nun gilt es zu prüfen, ob tatsächlich eine verfassungsfeindliche Haltung der Partei vorliegt und diese ihre Ziele zusätzlich „aggressiv-kämpferisch“ verfolgt – laut Art.21 Abs. 2 des Grundgesetzes müssen diese Voraussetzungen gegeben sein, um ein Verbot zu rechtfertigen (Jesse, 2012, S. 297ff). Ein Gutachten des Münchner Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) bestätigt die bedenklichen Grundzüge der NPD. So sei das politische Programm in großen Teilen kongruent mit der Ideologie der NSDAP unter Hitler (Süddeutsche Zeitung, 30.11.2013).

Die zweite dominante Strömung, die sich von der neonazistischen Szene durch eine Ablehnung der historischen Nähe zum Nationalsozialismus abgrenzt, wird als „neue radikale Rechte“ bezeichnet (Edathy & Sommer, 2009, S. 50ff). Hier verbinden sich marktradikale, anti-etatische Positionen mit einer zuwanderungsaversen, rechtsautoritären Haltung. Die sogenannten *Pro*-Parteien und die *Republikaner* (REP) sind in dieser Strömung zu verorten. Häufig wird im Zusammenhang mit diesem Lager auch von *Rechtspopulismus* gesprochen – so werden massenwirksame Themen wie der Widerstand gegen die „Islamisierung Europas“ (Stöss, 2010, S. 37) und die grundsätzliche Kürzung von Sozialleistungen (nicht nur für Ausländer) in den Fokus der politischen Argumentation gestellt (ebd.). Der Ethnopluralismus, der als Alternative zum „Egalitarismus“ ausgelegt und von Kritikern als „Kampfansage an die Menschenrechte“ angesehen wird, bildet dabei die ideologische Basis der Parteien (ebd.). Jede Kultur habe demnach ein Anrecht auf eine eigene Identität, die sich durch das entsprechende Heimatterritorium definiert. Es geht hierbei (laut eigenem Verständnis der Rechtspopulisten) nicht um eine biologisch erklärte Hierarchie der Rassen, sondern um den Schutz der eigenen Identität vor Fremdeinwirkung (ebd.). Eine im Kontext von Rechtspopulismus präsente Partei ist die 2013 gegründete „Alternative für Deutschland“ (AfD), die sich vor allem durch ihre kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union

auszeichnet. Mit 7% der Wählerstimmen wurde die AfD ins Europaparlament gewählt und dürfte damit als rechtspopulistische Partei den „pro-europäischen“ Konsens in Straßburg durchbrechen (Süddeutsche Zeitung Online, 25.05.2014). Doch nicht nur in Deutschland stößt diese Form des Rechtspopulismus auf fruchtbaren Boden. Globalisierung, wachsende Migrationsbewegungen, internationaler Wettbewerb und Massenarbeitslosigkeit haben auch in anderen europäischen Ländern einen Weg für rechtspopulistische Parteien geebnet. So konnten in Italien die *Alleanza Nazionale* (AN), in Österreich die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) und in der Schweiz die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) in den letzten Jahren beachtliche Wahlerfolge verbuchen (Stöss, 2010, S. 37). Diese ermöglichten eine politische Kooperation auf europäischer Ebene. So bildete sich nach den Europawahlen 2007 eine rechtspopulistisch orientierte Fraktion im Europaparlament, die sich allerdings aufgrund stark divergierender nationaler Interessen nach nicht ganz einem Jahr wieder auflöste (taz.de, 23.01.2013). Angesichts der fulminanten Wahlerfolge von rechten Parteien bei der Europawahl 2014 (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 26.05.2014) erscheint die Frage nach einer neuen rechten Fraktion im Europaparlament allerdings wieder aktuell. Vor allem der eindeutige Wahlsieg der rechtsextremen Front National in Frankreich (25%) deutet darauf hin, dass der rechte Rand in Europa auf breite Zustimmung in der Wählerschaft stößt. Dass auch in Dänemark, England, Österreich, Ungarn, Griechenland und Schweden rechtspopulistische Parteien Wahlerfolge feiern konnten (ebd.), verstärkt diesen Eindruck. Obwohl extrem rechte Parteien in Deutschland, im Gegensatz zu den politischen Pendanten in den Nachbarländern, einen relativ geringen politischen Einfluss haben, darf die potentielle Gefahr, die von ihnen ausgeht, nicht unterschätzt werden. Warum die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien in Deutschland bislang verhältnismäßig schlecht ausfallen und in welcher Form Rechtsextremismus in der BRD zu beobachten ist, soll im nächsten Kapitel diskutiert werden.

2.3 Rechtsextremismus als soziale Bewegung

„Rechtsextremismus ist längst keine Randerscheinung mehr. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet sind Strukturen entstanden, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stellen. Der Rechtsextremismus beginnt langsam, die Alltagskultur zu durchdringen. Es ist eine Graswurzelrevolution, die die Zivilgesellschaft bedroht“ (Bundeszentrale für politische Bildung, 2014, Absatz 1).

Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und nationalistische Positionen stoßen in Deutschland in einem Maße auf Zustimmung, das über die bisherigen Wähleran-

teile der rechten Parteien weit hinausgeht (Edathy & Sommer, 2009, S. 54). Empirische Befunde der Einstellungs- und Meinungsforschung bestätigen dies immer wieder (vgl. Decker & Brähler, 2008; Heitmeyer, 2009). So zeigte die alle zwei Jahre durchgeführte *Mitte-Studie* der Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2012, dass sich jeder zehnte Deutsche wieder einen Führer wünscht und antisemitischen Äußerungen größtenteils zustimmt. Jeder vierte ist der Meinung, die Deutschen sollten wieder mehr Nationalstolz entwickeln und rund ein Drittel der Bevölkerung geht von einer gefährlichen Überfremdung durch Ausländer in Deutschland aus. Auch zeigte sich, dass eine neue Generation von Personen mit rechtsextremen Einstellungen heranwächst. Während in den Jahren zuvor hauptsächlich ältere Menschen rechtsextremen Aussagen zustimmten, zeigte sich in der aktuellen Befragung, dass auch Jugendliche für die rechtsextreme Ideologie empfänglich sind, was insbesondere für den Osten Deutschlands zu gelten scheint. Ost-West-Unterschiede werden auf die unterschiedlichen Wirtschaftsbedingungen und die entsprechende wirtschaftliche Deprivation der Bevölkerung in den neuen Bundesländern zurückgeführt. So haben 16% der Ostdeutschen ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ – eine bedenkliche Tatsache, die laut den Autoren in der praktischen politischen Arbeit in Zukunft Beachtung finden sollte (Decker, Kiess & Brähler, 2012). Bemerkenswert erscheint, dass sich diese breite Zustimmung zu rechtsideologischen Ideen bislang noch nicht in den Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien niedergeschlagen hat (Edathy & Sommer, 2009, S. 54f). Dies ist ein Hinweis darauf, dass sich Rechtsextremismus nicht allein über Wahlergebnisse erfassen lässt. Klaus von Beyme forderte bereits in den 1980er Jahren, dass die wissenschaftliche Beschäftigung mit Rechtsextremismus sich nicht nur auf die Parteien- und Wahlforschung beschränken dürfe (von Beyme, 1988, S. 16), um das Phänomen in seiner ganzen Komplexität zu erfassen. Rucht (2002, S. 75ff) postuliert entsprechend, dass die extreme Rechte in der BRD in großen Teilen als *soziale Bewegung* bezeichnet werden kann. Der Begriff *soziale Bewegung* umfasst dabei gesellschaftliche Strömungen, die von gemeinsamen Ideen und Vorstellungen getragen werden. Sie wirken als eine Art Sammelbecken für zum Teil höchst unterschiedliche Menschen, die sich in verschiedenen Aktions- und Organisationsformen zusammenschließen. Hinter eben diesen Zusammenschlüssen steht allerdings ein gemeinsames Ziel: Das Erwirken grundlegender sozialer Veränderungen (Jaschke, 1993, S. 105ff). Obwohl die These, dass die extreme Rechte in Deutschland als *soziale Bewegung* bezeichnet werden kann, nicht ganz unumstritten ist (Grumke & Klärner, 2006, S. 15), so muss doch festgestellt werden, dass die Rechtsextremisten in Deutschland einen grundlegenden sozialen Wandel anstreben und sich in Form von Netzwerken miteinander verknüpfen (ebd., S. 16). Im Folgenden soll deshalb ein Modell des Zentrums für demokratische Kultur

(ZDK) vorgestellt werden, das auf Basis von Erkenntnissen aus der Bewegungsforschung den Rechtsextremismus in Deutschland als *soziale Bewegung* zu erklären versucht. Nach diesem Modell lassen sich unterschiedliche Segmente der *sozialen Bewegung* unterscheiden, die hier in Form von konzentrischen Kreisen dargestellt und der Komplexität des Phänomens Rechtsextremismus gerecht werden sollen. Im Mittelpunkt des Modells befindet sich der *Organisationskern* der Bewegung, die Bewegungseliten beziehungsweise Kerngruppen. Hierzu zählen die intellektuellen Kader, die Handlungen und Aktionen konzipieren und rechtsideologisches Gedankengut verbreiten – beispielsweise Funktionäre rechtsextremer Parteien oder Kameradschaftsführer. Sie übernehmen wichtige Organisations- und Leitungsfunktionen und rekrutieren sich zumeist aus Personenkreisen, die bereits langjährige Erfahrung innerhalb der Bewegung gesammelt haben und entsprechend über ein großes Kontaktnetzwerk verfügen.

Durch diese persönlichen Kontakte und ihre anerkannte Leitungsfunktion sind sie in der Lage, der Bewegung Orientierung zu geben (Grumke & Klärner, 2006, S. 18). Oft beziehen die Personen in der Mitte der Bewegung ihren Lebensunterhalt aus ihrer Arbeit für die Ideologie – so zum Beispiel im Falle von rechtsextremen Musikproduzenten (Flad, 2006).

Im zweiten Ring sind die sogenannten *Basisaktivisten* angesiedelt, die gemeinhin als *Szene* betitelt werden. Diese nehmen regelmäßig an rechtsideologischen Veranstaltungen und Demonstrationen teil. Sie übernehmen ihnen übertragene organisatorische Aufgaben und investieren viel Zeit und finanzielle Mittel in die Bewegung. Sie nehmen an Schulungen teil und tragen zur Verbreitung der rechtsextremen Ideologie bei, können allerdings nur geringen Einfluss auf die Richtung der Szene nehmen, haben sie doch keine herausgehobene Stellung inne (Grumke & Klärner, 2006, S. 18). In diesem zweiten konzentrischen Kreis findet sich ein hohes Gewaltpotenzial. Cliques von zumeist männlichen Jugendlichen vertreten rechtsextreme, rassistische und fremdenfeindliche Elemente der Ideologie und leben einen Kult von Gewalt und Maskulinität aus (Kohlstruck & Münch, 2006). Grumke & Klärner (2006, S. 18) grenzen zwar den inneren Kern der Bewegung semantisch von der eigentlichen Szene ab, dieser ist allerdings ebenfalls in derselben zu verorten – in den Führungspositionen. Für diese Arbeit sollen unter dem Begriff *Szene* sowohl der innere Kern als auch die Basisaktivisten subsumiert werden.

Der dritte Ring in diesem Modell umfasst die Gruppe der *Unterstützer*, die erheblich weniger Zeit und Geld in die Szene investieren und nur gelegentlich an Veranstaltungen und Aktionen teilnehmen. Sie unterstützen die Szene hauptsächlich symbolisch, beispielsweise in Form von Unterschriften auf Protesterklärungen. Diese Personengruppe ist zwar für Massenmobilisierungen quantitativ ausschlaggebend, allerdings ist sie schwer zu kalkulieren, da sie nur für bestimmte

massenwirksame Themen und unter außergewöhnlichen Kontextbedingungen zu erreichen ist (Rucht, 1994, S. 86). Im äußersten Ring des Modells sind die *Sympathisanten* der Bewegung angesiedelt. Sie nehmen in der Regel selten bis gar nicht an rechtsextremen Aktionen teil, unterstützen die Szene aber ideologisch – etwa durch das Vertreten rechtsextremer Positionen im Gespräch oder durch das Tragen von entsprechender Kleidung (Grumke & Klärner, 2006, S. 19). Je größer die Distanz zur Mitte des Modells ist, desto geringer gestaltet sich die Organisations- und Ideologiedichte. Allerdings sind auch die Sympathisanten der Szene eindeutig feindbildorientiert und größtenteils mit der rechtsextremen Ideologie in Einklang (ebd.).

Ziel einer jeden *sozialen Bewegung* ist es, das Mobilisierungspotenzial des Bewegungskernes zu nutzen, um „möglichst viele Personen aus den außen gelegenen Kreisen weiter nach innen zu bringen und um neutrale ‚bystander‘ zumindest in Sympathisanten zu verwandeln“ (Rucht, 1994, S. 86). Dies wird beispielsweise im Falle der rechtsextremen Bewegung durch sogenannte „Basisarbeit“ von Parteien versucht, die sich mit unterschiedlichen Aktionen und Freizeitangeboten vor allem an Jugendliche richten (Grumke & Klärner, 2006, S. 20). Es kann also festgehalten werden, dass die rechte Szene trotz interner Konflikte und Spannungen durch die gemeinsame Grundideologie, ihre netzwerkartige Verknüpfung und das Verfolgen des Zieles einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung als *soziale Bewegung* bezeichnet werden kann (Grumke & Klärner, 2006, S. 17ff). Aktuell werden immerhin rund 22 150 Personen in Deutschland zur rechtsextremen Szene gezählt (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2014)². Die Erkenntnis, dass sich das Phänomen des Rechtsextremismus nicht nur auf Wahl- und Parteilorschung beschränken lässt, sondern ein soziokulturelles Phänomen darstellt, beantwortet jedoch nicht die Frage, wieso sich die breite Zustimmung zu rechtsideologischen Ideen nicht in den Wahlergebnissen rechter Parteien niederschlägt.

Edathy & Sommer (2009, S. 54f) versuchen diese Diskrepanz zwischen Einstellung und Wahlverhalten zu erklären und sehen den Grund für dieselbe in der Geschichte des Dritten Reiches. Bis heute werden als rechtsextrem geltende Parteien in der Öffentlichkeit diskreditiert und tabuisiert (ebd.). Außerdem zeigt die Empirie, dass sich eine Zustimmung zu rechtsextremem Gedankengut nicht zwingend in der entsprechenden Wahlpräferenz niederschlagen muss (Bergmann, 2001, S. 57). So ist vor allem in Westdeutschland die traditionelle Parteibindung noch relativ stark ausgeprägt – ein großer Teil der rechtsextrem orientierten Wählerschaft wählt entweder die CDU/CSU oder die SPD (Decker, Brähler & Geißler, 2006, S. 53). In Anbetracht der Tatsache, dass die Zustimmung zu rechtsextremen

² Der Verfassungsschutz (ebd.) gibt an, dass es sich bei dieser Zahl nur um eine Schätzung handelt – die tatsächliche Anzahl Rechtsextremer in Deutschland könnte also höher liegen.

Ideen in den letzten Jahren stetig zunimmt, erscheint es jedoch nicht unwahrscheinlich, dass die Hemmschwelle zum Wählen rechtsextremer Parteien in den nächsten Jahren überschritten werden könnte. Rechtsextreme Einstellungen könnten demnach in rechtsextremes Verhalten münden und die rechte Szene Sympathisanten, wenn nicht sogar Mitglieder, gewinnen. Ein Blick ins europäische Ausland (insbesondere Frankreich, Belgien, Schweiz, Österreich und Italien) zeigt, dass rechtsideologische Parteien durchaus eine Wählerschaft mobilisieren können, die an jene der großen Volksparteien heranreicht (Edathy & Sommer, 2009, S. 55). Es erscheint deshalb umso wichtiger, dass Parteien wie die NPD als genau das bezeichnet werden, was sie sind: als rechtsextreme Strömungen. Tabuisierung und Stigmatisierung dürfen laut Edathy & Sommer (2009, S. 55) nicht durch gesellschaftliche Akzeptanz abgelöst werden, soll ein Wahlerfolg rechtsextremer Parteien verhindert werden. Wie in der Einleitung dieser Arbeit erwähnt, bemerkte der ehemalige NPD-Funktionär Matthias Adrian in einem Beitrag des *Medienprojektes Wuppertal* (2013) zum Thema Rechtsextremismus, dass durch eine permanente Berichterstattung über Themen rechtsextremen Schwerpunktes eine gesellschaftliche Akzeptanz evoziert würde. Je präsenter ein Thema in den Köpfen der Menschen sei, desto eher würde darüber gesprochen und diskutiert. Adrian äußerte die Befürchtung, dass genau über diese häufigen Diskussionen eine Abstumpfung gegenüber der rechtsextremen Problematik stattfinden könne und die Ideologie auf größere Akzeptanz stieße, was wiederum die Hemmschwelle, offen zu rechtsextremem Gedankengut zu stehen, senken würde. Und auch die Literatur stützt diese Einschätzung. So macht Stöss (2010, S. 55) deutlich, dass für einen dauerhaften Erfolg rechtsextremer Parteien eine „hinreichende Publizität in den Medien“ unerlässlich sei. Peter Widmann (2001) geht sogar so weit zu behaupten, Journalisten könnten durch ihre Berichterstattung zu „Propagandahelfern“ von Rechtsextremen werden (S. 151). Ebendiese Meinung teilen auch Kohring & Marcinkowski (2011). Sie argumentieren, dass Journalisten durch das Aufgreifen und Kontextualisieren von rechtsextremen Symbolen, die von der Szene selbst offen zur Schau gestellt werden, diese strategische Selbstinszenierung unabsichtlich begünstigen. Die Autoren sprechen von einer „ästhetischen Komplizenschaft“ zwischen Journalisten und Rechtsextremen, die dazu führe, dass die Szene in den Medien durch die Verwendung provokativer Symbole genauso dargestellt würde, wie sie es intendiere.

Im Rahmen dieser Studie kann zwar nicht die Einschätzung Matthias Adrians untersucht werden, ob eine mediale Berichterstattung über Rechtsextremismus gesellschaftliche Akzeptanz zur Folge hat – wohl aber, ob die rechtsextreme Szene eine wahrgenommene Legitimationsbasis schafft und ob die Medien durch ihre Berichterstattung tatsächlich bei der Verbreitung der gewünschten Selbstdarstellung helfen.

Neonazis im Scheinwerferlicht der Medien
Eine Analyse reziproker Medieneffekte innerhalb der
Neonazi-Szene in Deutschland
Neumann, K.; Baugut, P.
2016, VIII, 127 S. 9 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-14250-6